Vor zwei Tagen schrieben wir: „Umfassende Gehirnwäsche ist möglich. Beispiele: 1. Wortbruch 2. IKB = öffentliche Bank, usw“. Als zweites Beispiel war die Lüge von der IKB als angeblich „öffentlicher“ Bank beschrieben. Am nächsten Tag folgt nun bei Spiegel Online in einem Bericht über die IKB: „Insgesamt dürften die Fehlspekulationen öffentlicher Banken die deutschen Steuerzahler mindestens 20 Milliarden Euro kosten“ (siehe unten). Der gleiche Versuch übrigens in der Börsensendung vor der Tagesschau am 27.3.. Unbeirrt wird die Lüge weiter verbreitet und das schon seit Wochen in den einschlägigen Medien geforderte Opfer dargereicht: Die KfW-Chefin Matthäus-Maier. Ob sie viel falsch gemacht hat, weiß ich nicht. Vermutlich sind die Täter mindestens ebenso im mit privaten Managern vollgestopften Aufsichtsrat zu suchen – nicht zu vergessen der Bundesfinanzminister. Albrecht Müller.

Hier die Meldung von Spiegel Online. Die Manipulation haben wir kursiv und fett hervorgehoben:

KREDITKRISENOPFER: KfW-Chefin Matthäus-Maier muss aufhören
Von Ulric Papendick

Sie wollte weiter machen – aber sie darf nicht. Ingrid Matthäus-Maier, Chefin der staatseigenen KfW-Bank, wird zum Opfer der globalen Kreditkrise. Ihr 2009 auslaufender Vertrag wird nach Informationen von manager-magazin.de nicht verlängert – so entschieden es Regierungsmitglieder im Kanzleramt.

Hamburg – Mitte 2009 ist Schluss – dann läuft die Amtszeit der KfW-Chefbankerin aus. Und eine Verlängerung soll es nach Informationen von manager-magazin.de nicht geben. Die Berliner Regierungsspitze zieht damit die Konsequenzen aus der tief greifenden Krise der Düsseldorfer Mittelstandsbank IKB, die zu gut 40 Prozent im Besitz der staatseigenen Frankfurter KfW ist.

Die IKB hatte sich mit milliardenschweren Investitionen in dubiosen Wertpapieren verzockt und musste mit Hilfspaketen im Gesamtvolumen von mehr als acht Milliarden Euro vor der Pleite gerettet werden.

Insgesamt dürften die Fehlspekulationen öffentlicher Banken die deutschen Steuerzahler mindestens 20 Milliarden Euro kosten.

Der Beschluss, das Dienstverhältnis der 62-jährigen Matthäus-Maier nicht zu verlängern, wird nach Informationen von manager-magazin.de auch von der SPD getragen. Matthäus-Maier war früher finanzpolitische Sprecherin der SPD und trat 1999 in den Vorstand der

KfW ein. Seit Oktober 2006 ist Matthäus-Maier Vorstandssprecherin der Frankfurter Staatsbank. Die Suche nach einem Nachfolger läuft bereits.
Quelle: SPIEGEL Online